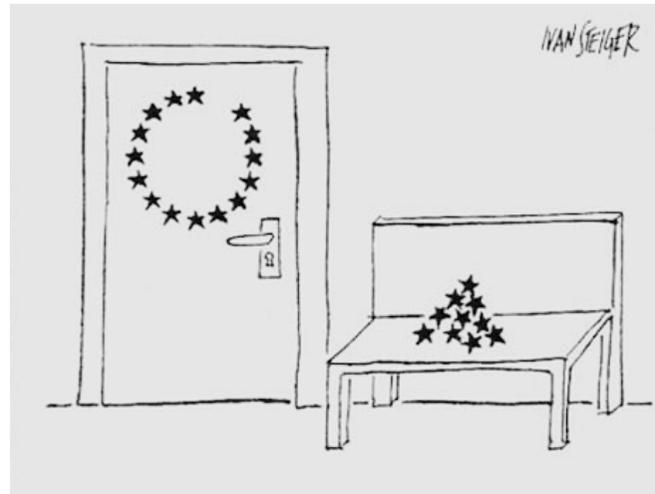


TAUWETTER

... eine franziskanische Zeitschrift



EUROPÄISCHE IDENTITÄT

IMPRESSUM

Redaktion Tauwetter

Peter Amendt ofm, Stefan Federbusch ofm, Markus Fuhrmann ofm,
Jürgen Neitzert ofm, Markus Offner, Alexa Weissmüller ofm,
Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Jürgen Neitzert ofm, Köln

Sie erreichen uns

Redaktion Tauwetter
Immermannstr. 20
Postfach 24 01 39
40090 Düsseldorf
Redtauwetter@aol.com
www.tauwetter-online.de

Dankeschön

Tauwetter finanziert sich ausschließlich aus Spenden.
Wir möchten uns an dieser Stelle ausdrücklich bei allen bedanken,
die mit ihrem Beitrag diese franziskanische Zeitschrift mit
dem Schwerpunkt „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der
Schöpfung“ unterstützen.

Redaktion Tauwetter

Stadtsparkasse Düsseldorf (BLZ 300 501 10) Konto 10 130 896

Inhalt

EUROPA IN SCHLECHTER VERFASSUNG <i>BR. STEFAN FEDERBUSCH OFM</i>	6
DIE EUROPÄISCHE UNION EINE WERTEGEMEINSCHAFT <i>PROF. DR. HANS-GERT PÖTTERING</i>	15
DIE TÜRKEI UND DIE EU <i>BR. STEFAN FEDERBUSCH OFM</i>	20
RELIGION IM ÖFFENTLICHEN RAUM <i>BR. STEFAN FEDERBUSCH OFM</i>	32
IM DIENST AM EVANGELIUM DER HOFFNUNG FRANZISKANISCHE EVANGELISIERUNG IN EUROPA HEUTE <i>P. HERMANN SCHALÜCK OFM</i>	36
WIE KAM ES ZUR EUROPAFLAGGE?	43

Editorial

„Wenn nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa zusammenwächst, was zusammen gehört, wie Willy Brandt einmal gesagt hat“, so Gerhard Schröder nach seiner Rückkehr vom Europäischen Gipfeltreffen in Nizza im Dezember 2000, dann sei er sicher, „dass diese Region [Oberpfalz] von der neuen Einigung Europas weit mehr, als man jetzt noch annimmt, und weit mehr als andere profitieren kann, wenn wir das zusammen richtig anfangen.“

Die hier formulierte Einheit wird als diffuses Bedürfnis nach Gemeinsinn als „Mythos Europa“ einem marktliberalen politischen Projekt unterlegt, das den betroffenen Bürgern zunehmend Sorge bereitet und immer weniger einleuchtet. Die politische Agenda Europas wird von marktliberalen Topfragen wie Währungsunion, wirtschaftlichem Freihandel und Finanzproblemen beherrscht, unter Vernachlässigung der sozialen und kulturellen Dimension. Das emotional aufgeladene Bild von Teilung und Zusammengehörigkeit legt nahe, dass die in Europa wohnenden Menschen in der Tiefe etwas miteinander verbindet, wovon sie derzeit künstlich getrennt sind. Diese Prämisse gilt es kritisch zu beleuchten.

Diese Tauwetter-Ausgabe tut dies, indem sie nach der „Europäischen Identität“ fragt und dem Wertefundament, das derartige Aussagen rechtfertigen würde. Angeschärft wird die Diskussion um die unterschiedlichen Ansichten zur Aufnahme der Türkei in die Europäische Union. Die Beiträge mögen in ihren unterschiedlichen Perspektiven der eigenen Meinungsbildung dienen.

Wir Mitglieder der Redaktion bedanken uns für Ihre Treue und Ihr Interesse an unseren Themen und Heften. Über Rückmeldungen freuen wir uns und erbitten für die weitere Arbeit eine Spende zur Finanzierung der Ausgaben des kommenden Jahres. Herzlichen Dank!

Eine gesegnete Advents- und Weihnachtszeit wünscht Ihnen

Ihre Tauwetterredaktion

Europa in schlechter Verfassung

AUF DER SUCHE NACH EINER
EUROPÄISCHEN IDENTITÄT

Br. Stefan Federbusch ofm

Mein Europa ist ein Haus, in dem niemand ganz zuhause ist und in dem jeder in einer Sprache spricht, die er nicht ganz beherrscht. (Hans Maartens van den Brink, Schriftsteller und Journalist)

Bereits 1930 hat es eine Initiative des französischen Außenministers Aristide Briand für eine Europäische Verfassung gegeben. Das von ihm vorgelegte „Memorandum über die Errichtung einer Europäischen Union“ sah vor, dass der angestrebte Staatenbund die Souveränität seiner „Bundesstaaten“ nicht antasten sollte. Am 5. September 1929 hielt er vor der Völkerbundversammlung in Genf ein Aufsehen erregendes Plädoyer: „Nun bin ich der Überzeugung, dass unter Völkern, die wie die Völker Europas, eine geographische Gemeinschaft bilden, eine Art Bundesgemeinschaft existieren sollte... sollten untereinander eine solidarische Gemeinschaft bilden.“ Ähnlich wie heute scheiterte der Vorschlag an den unterschiedlichen Einzelinteressen der Nationalstaaten.

Was einst 1951 mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl begann (der EGKS mit F, B, NL, I, L und D) hat sich nach der Osterweiterung am 1. Mai 2004 in eine Nationengemeinschaft mit 450 Mio. Menschen in 25 Staaten gewandelt. Die Europäische Wirt-

schaftsgemeinschaft (EWG) hatte das Ziel eines „immer engeren Zusammenschlusses der europäischen Staaten und der stetigen Verbesserung der Lebensbedingungen“. Heute wird der Einigungsprozess von vielen Bürgern eher als Bedrohung der eigenen Besitzstände empfunden.

Nach dem Scheitern der Volksabstimmungen zur Europäischen Verfassung in Frankreich und den Niederlanden wird Europa eine tiefe Krise bescheinigt. Europa ist in schlechter Verfassung. Nicht nur die Verfassung scheiterte, ebenso im Juni 2005 die Verhandlungen über das EU-Budget für die Jahre 2007-2013, weil sich die Beteiligten nicht einigen konnten, wie viel Geld für Subventionen oder Beitragsrabatte und wie viel Geld für Zukunftsaufgaben ausgegeben werden soll. Während im Herbst 2004 noch 78 % der Deutschen in Umfragen für die Europäische Verfassung votierten, waren es ein Jahr später nur noch 59 %. Ebenso sind die Zustimmungswerte zur Europäischen Kommission (37 %) und zum Europaparlament (46 %) massiv gesunken. Die Zustimmung zu Europa als einer „Politischen Union“ ist dagegen leicht auf 64 % gestiegen. Gegen einen Beitritt Rumäniens zum 1. Januar 2007 sprechen sich 53 % der Deutschen aus, gegen den von Bulgarien 49 % (Juni 2004).

Die derzeitige Krise birgt die Chance, dass sich die Europäische Union ihres Selbstverständnisses und ihres Zieles neu besinnt. Dies muss auf zwei Ebenen geschehen: auf der politischen und auf der kulturellen.

Auf der politischen Ebene muss geklärt werden, wie das Zusammenspiel der Staaten in Zukunft funktionieren soll: Europa als großer Bundesstaat (mit eigener Regierung) oder Europa als Staatenbund autonomer Nationalstaaten. Bleibt es bei letzterem, bedarf es verstärkter Regelungen der Kompetenzen. Was ist tatsächlich notwendiger Weise auf europäischer Ebene zu regeln und was verbleibt nicht besser auf der nationalstaatlichen. Hier eine gute Balance zwischen nationalen

Egoismen und gesamteuropäischen Perspektiven hinzubekommen, wird unter dem Gesichtspunkt der nationalen und europäischen Identität immer die Herausforderung schlechthin bleiben.

Auf der kulturellen Ebene muss das geistige Fundament gelegt und das konkrete Zusammenleben der Menschen in ihren verschiedenen Religionen und Traditionen gestaltet werden. Europas Geschichte und damit Identität speiste sich bisher im Wesentlichen aus drei Quellen: dem Erbe der griechisch-römischen Antike, der jüdisch-christlichen Glaubenstradition und der europäischen Freiheitsgeschichte. Auf die Notwendigkeit einer (kulturellen) Selbstvergewisserung hat bereits 1994 der damalige tschechische Staatspräsident Václav Havel im Europäischen Parlament hingewiesen, indem er sagte: „Deswegen scheint es mir, dass die vielleicht wichtigste Aufgabe, der sich heute die Europäische Union gegenüber sieht, einhergeht mit einem neuen, aufrichtigen und klaren Nachdenken über das, was man europäische Identität nennen mag, einer neuen und wahrhaft klaren Benennung europäischer Verantwortung, einem verstärkten Interesse an einer echten europäischen Integration, an all ihren weiteren Verwicklungen in der gegenwärtigen Welt und an einer Erneuerung ihres Ethos oder, wenn Sie so wollen, ihres Charismas.“

Europa wird von vielen Menschen vorrangig unter dem wirtschaftlichen Gesichtspunkt wahrgenommen als Wirtschafts- und Währungsunion. Europa ist jedoch weit mehr als bloßes „Euro-Land“. Ebenso wird es wahrgenommen als bürokratischer Koloss, der immer mehr und kompliziertere Bestimmungen erlässt. Europa ist jedoch mehr als bloße „Euro-Norm“. In einer Erklärung vom 27. Februar 2004 hat das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken (ZdK) darauf verwiesen, dass „Europa nicht primär ein Markt, sondern eine geistig-kulturelle Größe“ ist und eine Kulturvergessenheit in der Debatte um den Türkeibeitritt zur EU beklagt. Denn: „Kulturelle Fragen sind Grundlage der persönlichen und gesellschaftlichen Identität.“ Im Vergleich zwischen Europa und der Türkei „bleiben Fremdheit und Andersartigkeit in den Künsten wie in der Alltagskultur offensichtlich. Kindererziehung, die Stellung der

Geschlechter zueinander und Formen des öffentlichen Verhaltens sind in ihrer Bedeutung offenkundig und höchst aktuell... Die Alltagskultur, die vom Sonntag bis zu den Festen im Jahreskreis reicht und von den Essgewohnheiten bis zur Form der Totenbestattung, ist in ihrer Bedeutung ebenfalls nicht zu unterschätzen.“

Was aber ist die verbindende Idee und gemeinsame Vision für ein geeintes Europa? Gibt es so etwas wie eine europäische Identität? „Quo vadis, Europa?“

„Ich habe manchmal den Eindruck, als sei Europa müde geworden, als sei es dabei, seine Identität zu verlieren, seine Wurzeln selber nicht mehr zu kennen. Zu diesen Wurzeln gehören ganz sicher die Aufklärung, die Menschenrechte, die verschiedenen Emanzipationsbewegungen. Aber eben auch das Christentum und die christliche Ethik“, so Bundespräsident Horst Köhler in einer Rede in der Universität Tübingen am 1. Dezember 2004.

Für den Präsidenten des päpstlichen Einheitsrates, Kardinal Walter Kasper, kann Europa nur durch eine Besinnung auf seine christlichen Werte auch in Zukunft eine wichtige Rolle auf der internationalen Bühne spielen. Wenn Europa seine antiken Wurzeln weiter verleugnet, werde es zum bloßen Spielball anderer Mächte, sagte Kardinal Kasper auf einem Kongress bei Udine im Juni 2005 zum Thema „Der gemeinsame Weg der Völker, Kulturen, Religionen und Christen im Okzident“. Denn die europäische Identität sei durch die jüngste Erweiterung gefährdet worden. Die EU gleiche momentan einer großen Baustelle, deren künftiges Profil nicht erkennbar sei. „Die aktuelle Krise Europas besteht darin, dass sich die Europäische Union erweitert hat, aber dadurch ihre Identität unklarer geworden ist“, so der Kardinal. Die Völker Europas müssten daher ihre gemeinsamen - eben christlichen - Wurzeln wieder entdecken. Das sei kein leichter Prozess, denn er bringe eine Konfrontation mit der säkularisierten Kultur und den modernen Wissenschaften mit sich. Laut Kasper ergeben sich dabei vor allem zwei Herausforderungen. Erstens müsse die Kirche in Europa den interreli-

giösen Dialog, vor allem mit dem Islam, und die Ökumene weiter vorantreiben. Und zweitens müsse die Politik sich auf grundsätzliche Werte wie den Schutz des Lebens, der Menschenwürde und die Gerechtigkeit besinnen.

Bereits 1998 hatte Kasper, damals noch Bischof in Rottenburg, einem Vortrag die Überschrift gegeben: "Europa eine Seele geben!" Darin vertrat er die Auffassung, dass das christliche Menschenbild als Grundlage europäischer Identität zu werten sei. Wer, so der Gedanke Kaspers, versucht zu klären, was denn nun eigentlich Europa ausmacht und was dazu gehört, wird bald feststellen, dass Europa ein sehr offener, um nicht zu sagen vager Begriff ist. Die alten Griechen etwa bezeichneten das griechische Festland als "Europa", die Römer das Imperium Romanum. Karl der Große, der sich "rex et pater Europae" nannte, meinte mit Europa das Fränkische Reich. Auch heute müssen wir uns fragen, ob wir von den geographischen Grenzen ganz abgesehen, unter Europa eine wirtschaftliche Einheit, eine kulturelle, eine politische, gar eine religiöse verstehen? Es ist vor allem "das christliche Verständnis vom Menschen und von seiner gottgeschenkten, absoluten und unverlierbaren Würde als Person", in der Kasper die gemeinsame geistige Wurzel und das Prinzip der Einheit Europas sieht. Dieses Menschenbild ist Grund gelegt im Humanismus der Antike, weitergeführt und wesentlich vertieft durch das Christentum und seiner Botschaft von der Gottebenbildlichkeit jedes Menschen unabhängig von Religion, Kultur, Geschlecht, Rasse und sozialer Klasse. Es wurde in besonderer Weise akzentuiert, so Kardinal Kasper, durch die reformatorische Aussage von der "Freiheit des Christenmenschen" und weiter ausgebildet in der neuzeitlichen Aufklärung und den verschiedenen Deklarationen der allgemeinen Menschenrechte. In der europäischen Menschenrechtskonvention von 1950 wurde dieses Menschenbild, wenn nicht dem Namen so doch der Sache nach, ebenso zur Grundlage eines vereinten Europas gemacht, wie es als Grundrecht die Verfassung unseres und aller übrigen freiheitlichen Rechtsstaaten Europas bestimmt. Ohne diese Grundlage ist eine europäische Friedensordnung schlechterdings undenkbar. Das Menschenbild des christlichen Humanismus ist der Grund, in dem Europa

sicheren Stand findet, es ist der wichtigste Beitrag, den wir Christen zu Europa leisten können, und es ist der wichtigste Beitrag Europas zur Kultur der Menschheit und zum Weltfrieden.

Es reicht aber nicht aufzuzeigen, inwiefern der europäische Gedanke geschichtlich im Christentum verwurzelt ist. Entscheidend für die Zukunft Europas und seine "Seele" wird sein, inwiefern aus dieser Wurzel ein neues Reis wachsen kann. Mit anderen Worten: Worum muss es Europa aus christlicher Sicht gehen, und wo haben wir unsere christlichen Werte und Überzeugungen in die Gestaltung Europas einzubringen. Walter Kasper etwa nennt fünf Aspekte:

1. Friede, Freiheit und politische Gerechtigkeit in einem vereinten Europa

2. Solidarität und soziale Gerechtigkeit in einer vereinten europäischen Wirtschaft

3. Bewahrung der einen Schöpfung in gemeinsamer ökologischer Verantwortung

4. Eine Kultur des Lebens in der Vielfalt der europäischen Kulturen

5. Gemeinschaft der Kirchen und Religionen aus gemeinsamer europäischer Geschichte

(zitiert nach A. P. Alkofer, Gesucht – die Europäische Seele, Sendbote des hl. Antonius 4/2004).

2003 hat Papst. Johannes Paul II. das nachsynodale Schreiben „Ecclesia in Europa“ veröffentlicht. Er hat immer wieder unterstrichen, dass es nicht reicht, „dem Menschen nur mit materiellen Gütern die Hände zu füllen, wenn sein Herz dabei leer bleibt und keinen Sinn entdeckt“. Der „reiche Schatz des Christentums“ bietet Möglichkeiten mit

seinen Werten „am Aufbau einer wirklich universalen menschlichen Gemeinschaft mit[zu]arbeiten: einer Gemeinschaft, die keine Trennlinien mehr kennt.“ Bereits am 11. Oktober 1988 hatte der Papst in einer Rede vor dem Europäischen Parlament in Straßburg darauf hingewiesen, dass die Kirche seit dem II. Weltkrieg stets die Errichtung Europas gefördert hat. Denn sie ist fest verwurzelt in den Völkern, „für die der christliche Glaube eines der Elemente ihrer kulturellen Identität ist und bleibt.“ Als ein Zeichen der Zeit nannte der Papst „die Tatsache, dass dieser Teil Europas, das bisher in seine wirtschaftliche Zusammenarbeit so viel investiert hat, immer intensiver auf der Suche seiner Seele und seines Geistes ist, der imstande wäre, seinen geistlichen Zusammenhalt zu sichern.“ Johannes Paul II. sprach gern von den „zwei Lungenflügeln“ Europas. Ihm ging es darum, „aus einer westeuropäischen Wohlstandinsel eine gesamteuropäische Zone der Freiheit, der Gleichheit und des Friedens zu schaffen“. In der Laudatio bei der Verleihung des Aachener Karlspreises im März 2004 hieß es daher: „Die Person und das Lebenswerk Papst Johannes Pauls II. sind ein Vorbild für den europäischen Einigungsprozess. Das von ihm verkörperte Wertefundament ermöglicht den Menschen der Europäischen Gemeinschaft, sich auf dieser gemeinsamen Grundlage als Europäer wieder zu finden.“ Bei der Verleihung sagte der Papst: „Ich denke an ein Europa, dessen Einheit in einer wahren Freiheit gründet. Die Religionsfreiheit und die gesellschaftlichen Freiheiten sind als edle Früchte auf dem Humus des Christentums gereift. Ohne Freiheit gibt es keine Verantwortung: Weder vor Gott noch gegenüber den Menschen.“

Das Projekt „Europa“ ist von überzeugten Katholiken wie Robert Schuman, Alcide de Gaspari, Konrad Adenauer und Charles de Gaulle Grund gelegt worden. Es braucht Menschen, die es heute mit einer Vision weiter denken, durchaus auch auf christlichem Hintergrund. Kardinal Joseph Ratzinger (jetzt Papst Benedikt XVI.) hat es so ausgedrückt: „Das Schicksal einer Gesellschaft hängt immer wieder von schöpferischen Minderheiten ab. Die gläubigen Christen sollten sich als eine solche schöpferische Minderheit verstehen und dazu beitragen, dass Europa das Beste seines Erbes neu gewinnt und damit der ganzen Mensch-

heit dient.“ Dies liegt ganz auf der Linie von Jacques Delors, der in einem Gespräch mit protestantischen Bischöfen aus verschiedenen europäischen Ländern diese gebeten hat: „Helfen Sie uns, Europa eine Seele zu geben, sonst ist es nicht zu machen“.

Eine fehlende Identität löst bei Menschen Verunsicherung aus. Erst auf der Basis einer eigenen Identität ist es möglich, mit dem Fremden und mit den Fremden umzugehen, miteinander in einen fruchtbaren Dialog zu treten und im gegenseitigen Respekt in aller Verschiedenheit Zukunft zu gestalten. Eine multikulturelle Gesellschaft wird daher gerade nicht gelingen, wenn alles beliebig und wertfrei ist, sondern nur dann, wenn ich-starke Subjekte mit festem Wertefundament miteinander in Beziehung stehen und in der Lage sind, Spannungen auszuhalten und Konflikte friedlich zu lösen. Robert Schuman war nach den Erfahrungen des II. Weltkrieges dennoch optimistisch: „Europa ist auf der Suche nach sich selbst. Europa wird seine Seele in der Vielfalt seiner Qualitäten und Bestrebungen finden.“ Ein Prozess, der bis heute anhält.

Neben diesem Prozess nach innen muss es Aufgabe Europas nach außen sein, für Gerechtigkeit und Frieden auf allen Kontinenten und für alle Kulturen zu sorgen. Die Flüchtlinge in den spanischen Enklaven Afrikas und die Berichte über die Flüchtlingsboote an den Küsten Italiens verdeutlichen die großen Notlagen, in denen sich die Menschen in ihren Herkunftsländern befinden. Es wäre fatal, wenn Europa in seinem Kreisen um sich selbst zu einer Wohlstandsfestung wird, die das Elend der Welt aus seiner Wahrnehmung ausblendet. Je mehr die Situation in den Herkunftsländern verbessert wird, desto mehr Entlastung wird es diesbezüglich in Europa geben. Wenn die Menschen in Europa (nicht nur die Politiker) die derzeitige Krise in dieser Weise als Chance zur Selbstvergewisserung nutzen, wird sich Europa wieder in besserer Verfassung präsentieren und dies durch eine Verfassung dokumentieren, die dem wirklichen Interesse der Bürger und Europas dient.

Um brüderliche Einheit unter den Völkern Europas

Papst Johannes Paul II.

Gewähre, o heiligste Dreifaltigkeit, dem ganzen Europa, dass es auf die Fürsprache der beiden heiligen Brüder Kyrill und Methodius immer mehr die Notwendigkeit einer religiös-christlichen Einheit und der brüderlichen Gemeinschaft aller seiner Völker verspüre, damit es, nachdem das Unverständnis und das gegenseitige Misstrauen überwunden und die ideologischen Konflikte im gemeinsamen Bewusstsein der Wahrheit beigelegt sind, für die ganze Welt Beispiel für ein gerechtes und friedliches Zusammenleben in gegenseitiger Achtung und unverletzlicher Freiheit sein kann.

Aus dem Rundschreiben »SLAVORUM APOSTOLI«, 1985

Die Europäische Union - eine Wertegemeinschaft

DIE GEISTIG-RELIGIÖSEN UND KULTURELLEN FUNDAMENTE UND IHRE AKTUALITÄT

Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts hat der Europäische Einigungsprozess einen Stand erreicht, den vor wenigen Jahren kaum jemand vorausgesagt hätte: Wir leben in einer Union ohne Grenzen, wir haben einen gemeinsamen Markt und eine europäische Währung. Seit dem 1. Mai 2004 umfasst die Europäische Union 450 Millionen Menschen - mehr als die USA und Russland zusammen - und erwirtschaftet ein Viertel des Bruttosozialprodukts der Welt.

Wir würden den vor mehr als fünfzig Jahren auf den Weg gebrachten europäischen Integrationsprozess aber falsch bewerten, wenn wir ihn auf die wirtschaftliche Dimension verkürzten. Die Europäische Union ist mehr als ein Zweckbündnis zur Mehrung des Wohlstands ihrer Mitglieder, und die europäische Identität lässt sich nicht allein durch wirtschaftliche Interessen und nicht allein durch politische Institutionen bestimmen. In ihrem Kern ist die Europäische Union vor allem eine Wertegemeinschaft, deren Mitglieder - bei aller bewahrenswerten Vielfalt - verbunden sind durch gemeinsame Vorstellungen von der politischen und wirtschaftlichen Ordnung ihres Gemeinwesens. Europa ist eine historisch gewachsene Wertegemeinschaft, für deren Ausformung eine Mehrzahl von Einflüssen verantwortlich ist. Das europäische Abendland ist geprägt vom griechischen Denken, vom römischen Recht,

vom christlichen Glauben. Humanismus, Renaissance und die Reformation haben ebenso zu dem Bild des christlichen Abendlandes beigetragen, wie später die Aufklärung und die moderne Wissenschaft.

Die ältesten Einflüsse, die das heutige Europa prägen, stammen aus der griechisch-römischen Antike. Den Griechen verdankt Europa den Geist der Philosophie, den Aufbruch zur Wissenschaft, die Offenheit für die Künste. Die griechischen Philosophen stellten das menschliche Individuum in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen. Sie fragten auch nach den richtigen und guten Formen des Zusammenlebens der Menschen. Die Antworten, die sie gefunden haben – z.B. Plato in seinem staatstheoretischen Hauptwerk "Politeia" – beeindruckten uns noch heute und beeinflussen unsere politischen und ethischen Vorstellungen.

Den Römern verdankt Europa die Stiftung einer Rechtsordnung. Römische Rechtsgrundsätze bestimmen zu einem wesentlichen Teil unsere europäischen Rechtssysteme bis in die Gegenwart. Dass Frieden und Wohlstand Ziel der Politik sind, haben schon die antiken Philosophen zu Beginn der europäischen Geschichte verstanden. Auch die Aufklärung, jene geistesgeschichtliche Epoche, die von England und Frankreich ausgehend das europäische Geistesleben vom 17. bis ins 19. Jahrhundert prägte, hat einen entscheidenden Einfluss auf die europäische Entwicklung ausgeübt. Ihr Hauptanliegen war es, den Menschen mit Hilfe der Vernunft zum "Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit" (Immanuel Kant) zu verhelfen.

Begründet im Vertrauen auf die Fähigkeit des menschlichen Verstandes, die Welt zu erkennen und zu gestalten, hieß es im Geiste der Aufklärung immer zuallererst: Die Welt verbessern. Dabei wissen wir als Christen, dass wir das Paradies auf Erden nicht schaffen können. Die westliche Aufklärung ist sicherlich nicht - wie in den Augen vieler religiöser Extremisten - als ein Akt der Vernichtung religiöser Werte zu verstehen. Die europäischen Aufklärer zielten nicht auf die Zerstörung der Werte, sondern sie strebten die Befreiung aus geistiger Vormundschaft

an. Sie haben sich für Toleranz - und gerade auch für religiöse Toleranz - eingesetzt.

Einen zentralen Bestandteil der europäischen Identität und der europäischen Wertegemeinschaft stellt die Bindung an das Christentum dar. Wer sich in der Politik dem Anspruch des Christlichen verbunden weiß, hat damit eine Entscheidung für ein bestimmtes Menschenbild - das christliche Menschenbild - getroffen. Das Gesicht Europas ist durch das Christentum wesentlich mitgeprägt. Der europäische Kontinent ist überzogen von Symbolen christlicher Präsenz, von Kathedralen und Klöstern, Schulen und Hospitälern, Wegkreuzen und Kapellen. Auch der Rhythmus der Zeit trägt eine christliche Gestalt, und zwar von der Siebentagewoche bis zum liturgischen Kalender, der den Jahreslauf bestimmt. Aber vor allem: Das Bild des Menschen ist vom Christentum geprägt.

Der Mensch wird als Schöpfung Gottes begriffen – ihm ebenbildlich. Daraus leitet sich die Überzeugung ab, dass jeder Mensch mit einer unverletzlichen Würde ausgestattet ist. Der Mensch ist ein Wert an sich, ohne weitere Begründung und ohne Rücksicht auf seine physische, intellektuelle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Dieser Grundsatz erlangt besonders in der Diskussion über die Bioethik seine Bedeutung. Wenn jeder Mensch einmalig ist, dann dürfen wir ihn nicht reproduzieren. Wenn menschliches Leben ein Wert an sich ist, dann dürfen wir nicht menschliches Leben schaffen, um es dann wieder zu töten.

Der Mensch ist gemäß der christlichen Soziallehre zugleich Einzelwesen - ausgestattet mit individueller Freiheit - und ein Sozialwesen, verantwortlich für sich selbst und für die Gemeinschaft. Im anderen Menschen soll er nach biblischem Gebot den Mitmenschen sehen, den er lieben soll wie sich selbst. Dieses Gebot gilt nicht nur den Nächsten, sondern auch den Fremden. Für die europäische Politik hat dieses Gebot weit reichende Konsequenzen, insbesondere für die Menschenrechtspolitik: Die Würde eines Palästinensers ist die gleiche wie die eines Israelis. Eine konsequente Politik muss die Menschenrechte der bedrängten

Christen im Sudan oder der moslemischen Zivilbevölkerung in Tschechien ebenso verteidigen wie unsere durch den Terrorismus herausgeforderte westliche Gesellschaft, sei es auf dem amerikanischen oder auf dem europäischen Kontinent.

Von der prägenden Bedeutung des Christentums zu sprechen, bedeutet gleichzeitig, die europäische Pluralität anzuerkennen. Dabei hat das Christentum selbst zu dieser Pluralität beigetragen. Die Toleranz gegenüber Glaubensfremden in protestantischen Staaten war dazu ein entscheidender Schritt. Dabei bedeutete Toleranz zunächst eine praktische Duldung. Der Übergang zur vollen Religionsfreiheit vollzog sich erst in dem Augenblick, in dem die staatsbürgerlichen Rechte sich von der Religionszugehörigkeit lösten. Dies erfolgte in der französischen Revolution. "Niemand darf wegen seiner Ansichten, selbst religiöser Art, bedrängt werden" heißt es in der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789. Mit der Säkularisierung setzte sich das Prinzip schrittweise in ganz Europa durch, dass Unterschiede der religiösen Bekenntnisse keine staatsbürgerlichen Benachteiligungen zur Folge haben durften.

Wenn wir heute also von der Europäischen Union als Wertegemeinschaft sprechen, so zählt gerade dieses Prinzip zu denjenigen Werten, von denen Europa nicht wieder abweichen darf. So wie durch die Reformation die Gewissensfreiheit zu einem europäischen Grundwert wurde, so durch die französische Revolution die staatsbürgerliche Gleichheit. Diese beiden Weichenstellungen sind von herausragender Bedeutung für den europäischen Wertekonsens. Heute überlagern sich Säkularisierung und religiöse Pluralität. Die Wanderungsbewegungen in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts haben zu einer verstärkten Anwesenheit nicht-christlicher Religionen in Europa – insbesondere des Islams – geführt. Dass Religionsfreiheit auch die Freiheit des Andersglaubenden ist, wird - vor allem angesichts von 15 Millionen Muslimen in der Europäischen Union - zu einer täglichen Erfahrung.

Die Werte, für welche die Europäische Union heute steht, sind das

Ergebnis der Kulturgeschichte Europas. Sie sind über Jahrhunderte hart erkämpft worden. Kern der von uns vertretenen Werteordnung sind die Menschenrechte. Sie gilt es zu verteidigen. Und sie sind, wie der frühere deutsche Bundespräsident Roman Herzog einmal sagte, die "überzeugendste Idee, den Frieden zwischen Menschen, Völkern und Staaten und schließlich auch zwischen Kulturen zu schaffen."

Nach den Anschlägen des 11. Septembers 2001 in New York und Washington und denen des 11. März 2004 in Madrid befindet sich Europa in einem Prozess der Stärkung seiner gesellschaftlichen Ordnung, die gewährleistet, dass die Wertschätzung der Freiheit und der Wunsch nach Sicherheit in ein gesellschaftliches Gleichgewicht gebracht werden. Die Europäische Union wird einen entscheidenden Beitrag für unsere Zukunftssicherung in Europa und in der Welt leisten können, wenn sie sich immer auf ihre Werte besinnt und die im persönlichen wie politischen Leben allzu natürlichen Konflikte auf der Grundlage des Rechts und damit friedlich bewältigt.

Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP ist Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokrat im Europäischen Parlament.

Die Türkei und die EU

Zur Debatte um die Aufnahme der Türkei in die Europäische Union

Br. Stefan Federbusch ofm

Seit gut 40 Jahren hat die Grundlinie der Politik der Europäischen Union (EU) das politische Ziel, die Türkei in die EU aufzunehmen. Die damaligen Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) haben der Türkei im Assoziierungsabkommen von 1964 in Artikel 28 prinzipiell die Möglichkeit eines späteren Beitritts eröffnet. 1987 stellte die Türkei unter Ministerpräsident Turgut Özal den Antrag auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Er wurde nicht dezidiert abgelehnt, aber auch nicht positiv beschieden. Die menschenrechtlichen und demokratischen Defizite ließen einen Türkeibeitritt in den 80er und 90er Jahren des letzten Jahrhunderts weder wünschenswert noch möglich erscheinen. Erst im Dezember 1999 erkannte der Europäische Rat in Helsinki der Türkei offiziell den Status eines Beitrittskandidaten zu. Im Dezember 2002 sah sich der Europäische Rat in Kopenhagen von der Türkei herausgefordert, ein konkretes Datum für den Beginn von Beitrittsverhandlungen zu nennen. Dies ist mit dem 3. Oktober 2005 geschehen. Die türkischen Zeitungen feierten diesen Tag als „Wiener Walzer“ (Hürriyet) und mit der Titelschlagzeile „Der Marsch der Türkei nach Europa geht weiter“ (Zaman).

Der Präsident des Verfassungskonventes, der frühere französische Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing ließ in einem Interview mit der

Zeitung „Le Monde“ verlauten: „Der Beitritt der Türkei wäre das Ende der EU“. Während die Gegner eines Beitritts sich stärker am Status quo orientieren und der Türkei die Fähigkeit, sich zu „europäisieren“ absprechen, verweisen die Befürworter auf das Zukunftspotential und den prozessualen Charakter eines Beitritts.

Das politische Ziel der Unionsbildung ist zwischen den Mitgliedsstaaten höchst umstritten. Die Beziehung zwischen einzelstaatlicher Souveränität und dem Aufgehen in einem Staatenbund ist letztlich trotz EU-Verfassung weiter ungeklärt. Die einen zielen mit dem „Projekt Europa“ auf eine „fortschreitende Vergemeinschaftung“ im Sinne europäischer Staatswerdung, die anderen plädieren für eine „immer engere Zusammenarbeit“ selbstständig bleibender Nationalstaaten. Somit sind auch die Grenzen der EU unklar. Bisher hat sie eine fallbezogene Erweiterungspolitik betrieben. Entscheidend ist als Maßstab, ob ein Land die Fähigkeit mitbringt, den „gemeinschaftlichen Besitzstand“ der EU in seiner jeweils aktuellen Form zu übernehmen. Dies gilt für die 2004 hinzugekommenen Länder ebenso wie für die Türkei.

Im folgenden werden die in der Debatte um einen Türkeibeitritt vorgetragenen Argumente aufgelistet und auf ihre Stichhaltigkeit hin überprüft. Im Wesentlichen referiere ich dabei die Studie von Heinz Kramer „Die Türkei: EU-kompatibel oder nicht? Zur Debatte um die Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union.“ [Sie ist im August 2003 als Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin erschienen und als Heft der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung veröffentlicht. Sie ist außerdem über die Website des SWP im Internet einsehbar.] Die Studie berücksichtigt nicht die Situationen der nichtislamischen Religionsgemeinschaften. Die Kirchen sind nicht als öffentlich-rechtliche Institutionen anerkannt. Noch immer haben die rund 1 % Christen massive Schwierigkeiten in ihrer Religionsausübung. Die französische Bischofskonferenz beispielsweise hatte sich daher im Dezember 2004 gegen Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ausgesprochen, solange die Religionsfreiheit nicht vollständig gewährt werde.

Argument 1: Die kulturelle Prägung

Hauptargument gegen einen Beitritt der Türkei ist deren andersartige kulturelle und religiöse Prägung. Das alte Europa ist durch Christentum, Renaissance und Aufklärung geprägt. In der Entwicklung des Westens spielen seit dem Mittelalter die Faktoren von Pluralismus und Säkularisierung mit den Folgen der Trennung von Kirche und Staat eine große Rolle. „Eine europäische Identität, basierend auf einer gemeinsamen Geschichte sowie bestimmten religiösen, rechtlichen und philosophischen Traditionen mit politisch-struktureller Prägekraft wird als Ausschlusskriterium gegenüber der Türkei formuliert“ (Heinz Kramer). Die Türkei dagegen ist wesentlich durch islamische Elemente geprägt. Der Stellenwert des Individuums beispielsweise und seiner Freiheit unterscheidet sich wesentlich von der westlichen Aufklärungstradition. „Nach geographischer Lage, historischer Vergangenheit, Religion, Kultur, Mentalität ist die Türkei kein Teil Europas“, so Ulrich Wehler (Das Türkenproblem, in: Die Zeit, 12.09.2002). Nun ist aber festzustellen, dass sich die oben genannten Faktoren weitgehend auf Westeuropa beziehen, während die osteuropäischen Staaten des byzantinisch geprägten Raumes diese Entwicklung ebenfalls nicht mitgemacht haben. Dennoch wurden sie in die EU aufgenommen.

Argument 2: Die europäische Identität

Heinrich-August Winkler schreibt: „Historische Prägungen sind nicht auswechselbar. Identitäten lassen sich nicht verordnen. Wer die europäische Einigung vertiefen will, darf keine Erweiterung ohne Rücksicht auf die Geschichte und die Zukunft Europas betreiben... Europa endet dort, wo es die Voraussetzungen für ein solches ›Wir-Gefühl‹ nicht gibt (Die Türkei ist kein Teil des ›Projekts Europa‹, in: Internationale Politik Februar 2003). Die Frage ist hier: Worin besteht eine europäische Identität? Wie verhält sie sich zu den nationalen Identitäten? Was macht das europäische Wir-Gefühl aus (sofern es das gibt)? Außerdem stellt sich die Frage, ob die Funktionsfähigkeit und der Bestand der EU neben der „europäischen“ Identität (Wir-Gefühl) nicht ebenso stark von

anderen Faktoren wie der Arbeit der konkreten europäischen Institutionen (z. B. Vorbehalte gegen die Brüsseler Bürokratie), Globalisierung, Terrorismus, ökologische Bedrohung usw. abhängen. Bisher fehlt der Nachweis, dass es dafür einer gemeinsamen affektiven Identität bedarf. Subjektiv bleibt das in weiten Kreisen geteilte Gefühl einer „Überdehnung“ der EU und der Sorge, dass durch die Neuaufnahme zu vieler Staaten die innere Integrationskraft nicht ausreicht.

Kramer weist nach, dass das Konstrukt der europäischen Identität weitaus vielschichtiger und umstrittener ist, als es die Debattenbeiträge erscheinen lassen. Seiner Analyse nach ist das >Projekt Europa< bisher „weder analytisch noch politisch so eindeutig definiert worden, dass die Folgen einer türkischen Mitgliedschaft angemessen beurteilt werden können. Auch die Kulturgrenze, die durch den Beitritt angeblich überschritten würde, lässt sich nicht exakt bestimmen, wenn sie nicht als religiöse Abgrenzung gegenüber islamischen Staaten und Gesellschaften definiert wird.“ Bisher fehlt es an klaren Markierungen, was die westliche politische Kultur ausmacht und was im Unterschied dazu die türkische, „wo die Grenze zwischen einer unterschiedlichen Ausprägung gleicher Merkmale und der klaren Andersartigkeit verläuft.“ Mittlerweile weist die Türkei eine gut 70-jährige Tradition der Adaption politischer Werte nach europäischem Vorbild auf. Es ist also davon auszugehen, dass damit auch eine entscheidende Prägung der Gesellschaft verbunden ist (trotz Islamisierung). In einer 2002 durchgeführten Untersuchung äußerten 73 % der türkischen Befragten die Ansicht, dass Religion und Politik strikt getrennt sein sollten, während dies in den USA beispielsweise nur von 55 % so gesehen wurde. Eine Andersartigkeit der politischen Kultur der Türkei lässt sich aus empirischen Untersuchungen jedenfalls nicht ableiten. Demokratische Defizite wiesen einst auch Spanien während der Franco-Diktatur oder die kommunistischen Staaten auf, die allesamt europäisch geprägt waren. Warum sollte der Türkei keine diesbezügliche positive Entwicklung zugestanden werden?

Der konservative türkische Politikwissenschaftler Min Kemal Öke hat in einer Kolumne den derzeitigen Zustand der EU so kommentiert:

„Die EU hat noch immer nicht das aufgeblasene Ideal eines multikulturellen, pluralistischen Gesellschaftsmodells erreicht; sie verhält sich im Gegenteil wie ein Alzheimer-Patient, dessen Verstand über die Frage der Identität durcheinander geraten ist. Kurz: Die Europäische Union steht einer sich erneuernden Türkei wie als kranker Mann gegenüber.“

Argument 3: Fehlende Selbstkritik im Geschichtsbewusstsein

Als ein weiteres Argument wird die fehlende Selbstkritik und Selbstdistanzierungsfähigkeit zur eigenen Geschichte ins Feld geführt, etwa in der Leugnung des Völkermordes an den Armeniern 1915/16. Hier wird jedoch ein unbestreitbarer Sachverhalt mit problematischen Folgen verbunden.

Argument 4: Islamische Grundprägung

Im allgemeinen Bewusstsein wird die Türkei eher als „islamischer“ Staat wahrgenommen denn als türkische Republik, die sich seit der kemalistischen Revolution nicht mehr über den religiösen Faktor definiert. Die Frage ist hier, in wie weit religiöse Trennlinien auch gesellschaftlich-politische Grenzen sein müssen. Der Abwehrkampf des christlichen Abendlandes gegen die Bedrohung des Islam ist durch die geschichtlichen Erfahrungen („Türken vor Wien“) tief eingepägt und wird durch die politisch-religiöse Großwetterlage (Gefahr des „islamistischen“ Terrorismus) eher gefördert denn gebannt. Vielfach wird islamischen Staaten und Gesellschaften eine generelle Demokratieunfähigkeit unterstellt. Ulrich Wehler behauptet zudem, dass sich die 15 Mio. in europäischen Staaten wohnenden Muslime „überall in Europa als nicht assimilierbar“ erweisen und sich „in ihrer Subkultur einigeln“. Hier ist zumindest auf die Problematik der innergesellschaftlichen und innerstädtischen Kulturgrenzen verwiesen, die einen erhöhten Assimilations- und Integrationsbedarf anzeigen.

Argument 5: Die Kosten

Im Jahre 2000 wies die Türkei ein Bruttoinlandprodukt von nur 25 % des durchschnittlichen BIP pro Kopf der EU-15 auf. Der Agrarsektor ist mit 14,2 % daran überproportional beteiligt, während er in der EU-15 nur 1,7 % beträgt. Gut ein Drittel aller Erwerbstätigen arbeiten in der Türkei in der Landwirtschaft. [46 % des 97 Milliarden Euro Haushaltes der EU flossen 2003 in den Agrarsektor] Zudem existiert ein großes innertürkisches Wohlstandsgefälle. Gefolgert wird daraus der Bedarf von immensen EU-Strukturleistungen. Die Türkei wäre auf Jahre ein Netto-Empfänger im Rahmen des EU-Haushaltes, vermutlich der größte der EU-28; auch wenn sie Wachstumsraten von 5 % (2003) aufweist. Die bereits aufgenommenen zehn neuen EU-Mitglieder sind allesamt Nettoempfänger. Angesichts der bereits jetzt bestehenden Verteilungskämpfe steht zu vermuten, dass derartige weitere finanzielle Belastungen von den Bevölkerungen der „reichen“ Mitgliedsländer als Nettozahler nicht mehr mitgetragen werden. 2004 waren 43 % der Einwohner der alten Mitgliedsstaaten gegen einen Türkeibeitritt. Die Befürworter fanden sich vor allem in den neuen Beitrittsländern (Polen: 78 %; Deutschland: 36 %). Die EU hat festgeschrieben, dass die Verhandlungen mit der Türkei frühestens 2014 abgeschlossen werden. In der Frage der Kosten verweist Kramer daher darauf, dass jegliche Festlegungen diesbezüglich Status-quo-Projektionen sind, „deren Annahmen so realitätsfern oder ungewiss sind, dass sie nicht zu belastbaren Ergebnissen führen“. Da alle relevanten Kostenfaktoren politisch beeinflussbar seien, ist die Höhe der Kosten von der EU steuerbar. Je fortgeschrittener der wirtschaftliche Annäherungsprozess der Türkei an die EU ist, desto geringer werden die Kosten ausfallen. Bereits jetzt macht der Handel mit der EU bereits 50 % des türkischen Handelsvolumens aus.

Argument 6: Die sozialen Folgen

Im Rahmen dieses Argumentes wird auf die hohe Bevölkerungszahl verwiesen. In etwa 15 Jahren wird die Türkei mit rund 80 Mio. Einwohnern das bevölkerungsstärkste Land der EU sein. Befürchtet wird

eine Emigrationsbewegung, die die Aufnahmefähigkeit der anderen Länder übersteigt. In diesem Bereich können derzeit keine belastbaren Prognosen aufgestellt werden. In den aktuellen politischen Diskussionen zeigt sich, dass es längerfristige Übergangsregelungen in punkto Freizügigkeit geben wird.

Argument 7: Der politische Einfluss

Aus bevölkerungspolitischer Sicht wird des Weiteren argumentiert, dass die Türkei auf Grund ihrer Größe einen zu starken politischen Einfluss hätte, auf gleicher Ebene mit den Großstaaten Deutschland, Frankreich und Großbritannien. In den derzeitigen institutionellen Regelungen zieht dieses Argument jedoch nicht, da für Entscheidungen immer entsprechende Mehrheiten benötigt werden. In einem Ministerrat der dann 28 Mitgliedsstaaten würde die Türkei über knapp 11 % der Stimmen verfügen, ebenso viele wie die genannten Staaten. Nach dem EU-Verfassungsentwurf wird es zukünftig keine zahlenmäßige Sperrminorität mehr geben. Für die Verhinderung von Entscheidungen ist ebenfalls eine Staatenmehrheit erforderlich.

Argument 8: Die geographische Lage

Die Türkei liegt nur zu einem kleinen Teil in Europa, wie es als geographischer Raum definiert ist. Es wären jedoch auch andere Abgrenzungen plausibel. In den Beitrittsregelungen wird der Begriff „europäischer Staat“ aber nicht allein durch geographische Kriterien bestimmt. Letztlich liegt es in der politischen Entscheidung der Mitgliedsstaaten, wen sie aufnehmen. Durch den Assoziierungsvertrag von 1964 ist die Frage, ob die Türkei ein europäischer Staat ist, politisch schon lange positiv entschieden. Gegen einen Türkei-Beitritt wird außerdem angeführt, dass sich die EU-Grenzen damit in die höchst problematische Zone der kaukasischen und nahöstlichen Krisengebiete schieben, so an die Grenzen von Iran, Irak, Syrien usw.. In diesen Regionen ist nur schwer absehbar, welche Entwicklungen sich dort in den nächsten Jahren vollziehen werden. Klar ist jedoch, dass die Konflikte dort auch die EU

betreffen, unabhängig davon, ob die Türkei (die ja bereits NATO-Partner ist) Mitglied ist oder nicht. Eine Einbindung der Türkei könnte deren ethnischere Außenpolitik (Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Nachbarstaaten, wenn turkstämmige Teile der dortigen Bevölkerung betroffen sind) eindämmen. In diesem Zusammenhang ist der dominierende Einfluss des Militärs auf die Politik zu nennen. Der Status des Militärs ist zu klären und demokratischen Strukturen einzuordnen.

Für Krämer weisen die Argumente gegen einen Türkei-Beitritt eine geringe Stichhaltigkeit auf. Andererseits sieht er keine zwingenden Gründe für einen Beitritt, da sich für die EU daraus keine nennenswerten Vorteile ergeben, die nicht auch auf anderen Wegen erreichbar wären. Am schwersten wiegen die Fortschritte in der demokratischen Modernisierung und die daraus folgenden Stabilitätschancen für die Türkei und für Europa. Die möglichen wirtschaftlichen Vorteile eines türkischen Beitritts sieht Kramer bereits durch die Zollunion realisiert.

Für einen EU-Beitritt werden als Argumente genannt:

Argument 1: Beitritt als Manifestation europäischer Werte

Die politischen Kriterien für einen EU-Beitritt, wie sie in Kopenhagen festgelegt wurden, sind: Demokratie, Rechtsstaat, Schutz der Menschenrechte, Achtung und Förderung von Minderheiten. Für die Befürworter eines Beitritts der Türkei würde sich durch die Aufnahme eines mehrheitlich muslimischen Volkes darin das Bekenntnis zu diesen Werten besonders deutlich manifestieren. Die Türkei könne ein Beispiel dafür sein, dass sich Islam und Demokratie nicht ausschließen. „Mit einer politisch und wirtschaftlich integrierten Türkei könne die EU ...ein aufgeklärt islamisches Scharnier mit Ausstrahlung in die islamische Welt erhalten“ (Schwall-Düren). Ein Beitritt der Türkei wäre eine Widerlegung der These Huntingtons vom „Zusammenprall der Kulturen“ und ein wesentliches Element im Dialog der Religionen. Erhofft wird auch eine stärkere Integration der Muslime in die europäischen Länder, in denen sie bereits leben. Eine Ablehnung des Türkei-Beitritts könne zu

noch stärkerer Abkapselung und der zu beobachtenden Tendenz zu Parallelgesellschaften führen. Einzuwenden wäre gegen dieses Argument, dass auch unabhängig von einem Beitritt der Türkei die Integrationsleistungen, der Dialog der Kulturen und der Religionen zu vollbringen sind. Ebenso wenig ist es zwingend, dass sich die Demokratisierung einer muslimischen Gesellschaft dauerhaft nur im Rahmen der EU verwirklichen lässt. Nicht zu leugnen ist, dass der Türkei in diesem Prozess ein hoher positiver Symbolwert zukommt und der Punkt Stabilisierung fragiler demokratischer Systeme eine wesentliche Motivation im Kontext der Osterweiterung war.

Argument 2: Abwehr einer Islamisierung

In diesem Zusammenhang wird die Warnung vor einem Zusammenbruch der „inneren Staatsidee der Türkei“ ausgesprochen und die Befürchtung einer Islamisierung der Türkei. Unklar ist jedoch, wie diese definiert wird und wo die Grenzen zwischen Religion und Staat verlaufen. Betrachtet man Deutschland und Frankreich, so zeigt sich, dass auch innerhalb der EU ganz unterschiedliche Modelle dieses Zusammenspiels existieren von völliger Trennung bis zu relativ starker Verwobenheit. Im Laufe der Geschichte zeigte sich der politische Islam in der Türkei als eher gemäßigt. In allen Umfragen befürworteten nicht mehr als 20 % der Türken ein explizit islamisch fundiertes Staatswesen. Auch die jetzige islamisch ausgerichtete Regierung der Türkei unter Ministerpräsident Erdogan (seit März 2003 im Amt) befürwortet einen Beitritt ihres Landes zur EU.

Argument 3: Strategische Stärkung

Die Türkei ist bereits seit 1952 Mitglied der NATO. Mit 515.000 Mann Truppenstärke stellt sie hinter den USA die zweitgrößte Armee mit einer relativ modernen Bewaffnung. Als Brückenkopf sowohl zum Nahen Osten wie zum Kaukasus kommt der Türkei eine wichtige sicherheitspolitische Bedeutung zu. In verschiedenen multinationalen Friedensmissionen (etwa auf dem Balkan und in Afghanistan) hat die Türkei

ihre diesbezüglichen Fähigkeiten gezeigt. Um eine (militärische) Einbindung der Türkei zu erzielen, müsste sich die EU zunächst allerdings auf ein tragfähiges Konzept europäischer Sicherheitspolitik einigen.

Argument 4: Energieversorgung

Als weiteres Argument wird die Energieversorgung ins Feld geführt. Durch ihre geostrategische Lage ist die Türkei wichtiges Transitland für Erdöl aus dem Kaukasus (Region um das Kaspische Meer), ebenso für Erdgas. Durch den EU-Beitritt würde die politische Sicherheit der Versorgung mit Energierohstoffen steigen.

In seinem Fazit verweist Heinz Kramer darauf, dass die Diskussion über die europäische Identität der Türkei sowohl eine Türkeifrage ist als auch eine über das Ziel der EU. Solange das nicht entschieden sei, kann es keine Anhaltspunkte für die Opportunität eines türkischen Beitrags bieten. „Wenn die historisch gewachsene Kultur zum Richtmaß des europäischen Selbstverständnisses erklärt wird und nicht die politischen Prinzipien von Demokratie, Menschenrechten und Laizität, dann droht sich Europa in seiner Vergangenheit einzuschließen, während es sich in der Gegenwart ein möglicherweise immer bedrohlicheres Außen schafft“, warnt Mark Simons (FAZ, 7.12.2002, Kultur als Kampfbegriff).

In Bezug auf die (insbesondere von der CDU/CSU beschworene) wirtschaftliche, soziale und religiös-kulturelle Überdehnung ist zu fragen, ob diese nicht bereits durch die Erweiterung von 15 auf 27 Mitgliedsstaaten gegeben ist und nicht so sehr von 27 auf 28. Am 3. Oktober 2005 haben die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei begonnen. Der Vorschlag der EU-Kommission zielt auf eine Vollmitgliedschaft ab. Dagegen hat es aus konservativen Kreisen massive Bedenken gegeben. „Wir sind der festen Überzeugung, dass eine Aufnahme der Türkei die EU politisch, wirtschaftlich und sozial überfordern und den europäischen Integrationsprozess gefährden würde“, heißt es in einem Brief von Angela Merkel, den sie im August 2005 an verschiedene konservative Regierungen geschickt hatte. Sie schlägt stattdessen eine „privile-

gierte Partnerschaft“ mit der Türkei vor. Die Bedenken scheinen weite Teile der deutschen Bevölkerung zu teilen. Nach einer Umfrage vom September 2005 lehnen 62 % der Deutschen einen Türkei-Beitritt ab. Nur 33 % sprechen sich dafür aus. Die Befürworter befinden sich vor allem im Lager der Grünen (61 %), die SPD-Anhänger sind gespalten (47 % dafür, 49 % dagegen), die Anhänger von CDU/CSU (22 %) und FDP (17 %) sind mehrheitlich dagegen.

Politisch wäre zu klären, was ein Abrücken von der rund 40-jährigen türkeipolitischen Grundlinie der EU bedeutet. Wie ginge die EU mit dem Vorwurf um, „im Verhältnis zur Türkei aus Gründen politischer Opportunität völkerrechtliche Verpflichtungen zu missachten“?

Kramer kommt zu dem Schluss: „Die vertiefte Analyse der in der Diskussion über eine türkische EU-Mitgliedschaft vorgetragenen Argumente zeigt, dass sich gegen alle befürwortenden und ablehnenden Positionen Einwände vorbringen lassen. Es gibt in dieser Frage keine objektiv richtige Antwort. Die Entscheidung ist im politischen Prozess zu fällen und politisch zu rechtfertigen. Die Entscheidungsträger haben darüber zu befinden, welche Gesichtspunkte für sie wichtig sind und welchen sie eine geringere Bedeutung beimessen. Sie haben zu entscheiden, ob der türkische Beitritt wirklich »das Ende der Europäischen Union« bedeutet oder ob »die stabilitätspolitischen Risiken infolge eines Widerrufs der Beitrittsperspektive und vor allem die Chancen, um die man sich mit einem solchen Rückzug bringen würde, weit schwerer [wiegen] als die Risiken einer institutionellen Überforderung der EU.“

Quellen und Literatur:

Bassam, Tibi, Zu feige für die Wahrheit, in: Deutsche Tagespost, 25. Oktober 2005, S. 9.

Ludger Kühnhardt, Europa – quo vadis?, hg. von der Kath. Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle Mönchengladbach 2005.

Pia de Simony, Religionsfreiheit auf türkisch, in: Deutsche Tagespost, 27. Oktober 2005, S. 3.

Bassam Tibi, Stoppt den Geist der Täuschung, in: Deutsche Tagespost, 8. September 2005, S. 9. [zum Umgang mit dem Jihadismus in Europa]

Christian W. Troll, Die neue Präsenz der Muslime in Europa: Herausforderung und Chance für die Christen, in: Deutsche Tagespost, 9. August 2005, S. 9.

Behrouz Khosrozadeh, Die Türkei als Brückenschlag im Dialog zwischen Abend- und Morgenland, in: Deutsche Tagespost, 4. August 2005, S. 9.

Markus Berger, Splitternackt und fern der Heimat, in: Deutsche Tagespost, 30. Juni 2005, S. 9.

Stephan Baier, Eine katholische Vision für Europa, in: Deutsche Tagespost, 25. Juni 2005, S. 9.

Jürgen Liminski, Ethos statt Pathos, in: Deutsche Tagespost, 11. Juni 2005, S. 9.

Horst Köhler, Der gelebte Glaube der Christen hat unsere Kultur geformt, in: Deutsche Tagespost, 2. Dezember 2004, S. 9.

Alexander Görlach, Perücken über dem Kopftuch, in: Deutsche Tagespost, 7. Dezember 2004, S. 9.

Stephan Baier, Christen hört die Signale!, in: Deutsche Tagespost, 2. März 2004, S. 9.

George Weigel, Europa braucht ein großes Erwachen, in: Deutsche Tagespost, 29. April 2004, S. 11-13.

msc, Streit um Gott, in: CiG 30/2004, S. 243-244 .

Informationen zur politischen Bildung 279, Europäische Union, 2. Quartal 2003.

Mesut Yilmaz, Das Europa der Zukunft wird durch die türkische Mitgliedschaft geprägt, in: zur Debatte 6/2003, S. 14-16.

Hans-Ulrich Wehler, Die Selbstzerstörung der EU durch den Beitritt der Türkei, in: zur Debatte 6/2003, S. 17-19.

Religion im öffentlichen Raum

Religiöse Identität, pluralistische Gesellschaft und säkularer Staat

Br. Stefan Federbusch ofm

Das einst „christliche“ Abendland entfremdet sich zunehmend seiner religiösen Wurzeln. Christliche Religiosität wird entweder nicht mehr gelebt oder in den Bereich des Privaten abgedrängt. Betont wird die weltanschauliche Neutralität des Staates, wenn auch das Diktum des ehemaligen Verfassungsrichters Bockenförde häufig zitiert wird, dass der Staat auf religiösen Wertvorstellungen ruht, die er sich nicht selbst geschaffen hat.

Mit dem verstärkten Vordringen des Islam in den europäischen Kulturraum tritt die Frage nach dem Verhältnis von Kirche und Staat in den Vordergrund. Wie viel Neutralität kann und muss er gewährleisten? Wie viel an religiösen Äußerungen kann und darf sich im öffentlichen Raum präsentieren? Angesichts einer zurückgehenden christlichen Praxis wird von vielen Bürgern ein säkulares Erscheinungsbild gefordert. Es bleibt jedoch die Frage: Wie viel eigene Religion wollen wir und wie viel fremde Religion ertragen wir? Mit dem Verschwinden der christlichen Religion aus der Öffentlichkeit fällt auch ein Pfeiler europäischer und deutscher Identität weg. Eine allgemein verunsicherte Gesellschaft bedarf aber bestimmter Werte zur eigenen Identitätsbildung. Das kulturelle Zusammenleben lässt sich letztlich nur auf der Basis eines Religionsfriedens gestalten, weltweit gesehen wie im binnenstaatlichen Miteinander.

Vor zwei Jahren entzündete sich ein heftiger Streit um das Kopf-

tuch. In einem Grundsatzurteil kam das Bundesverfassungsgericht am 24. September 2003 zu dem Schluss, dass die Bundesländer muslimischen Lehrerinnen das Kopftuchtragen im Unterricht verbieten dürfen. Dazu müssen sie jedoch eine „hinreichend bestimmte“ gesetzliche Grundlage schaffen. Die aus Afghanistan stammende und 1995 eingebürgerte Lehrerin Ferestha Ludin hatte damit einen Teilerfolg erzielt, da in Baden-Württemberg zum Zeitpunkt der Klage eine solche gesetzliche Grundlage nicht bestand. Ihre Ablehnung für den Schuldienst habe deshalb, so die Verfassungsrichter mit 5 zu 3 Stimmen, ihre Religionsfreiheit verletzt. Das Gericht hatte somit nur formale Vorgaben gemacht ohne inhaltliche Bewertung. In der Folge haben Baden-Württemberg (April 2004), Niedersachsen und das Saarland entsprechende Gesetze beschlossen, die Lehrerinnen das Tragen des Kopftuches in der Schule verbieten. Als erstes Bundesland verabschiedete Hessen im Oktober 2004 ein Gesetz, dass neben den Lehrerinnen auch allen Beamtinnen in ihrer Dienstzeit ein muslimisches Kopftuch verbietet. Ende 2005 plante Baden-Württemberg die Ausdehnung des Gesetzes auf muslimische Erzieherinnen in (staatlichen) Kindergärten. Die Kommunen haben dagegen Protest angemeldet. In Stuttgart beispielsweise arbeiten rund 30 muslimische Erzieherinnen, ohne dass Probleme bekannt wären.

In den Reaktionen auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes wurde darauf verwiesen, dass gleiches Recht für alle gelten müsse. Nach dem so genannten „Kruzifix-Urteil“ dürfen Schüler und Eltern unter Berufung auf ihre „negative Religionsfreiheit“ verlangen, dass christliche Symbole wie das Kreuz aus Klassenräumen entfernt werden müssen. Entsprechend könne es nicht angehen, dass islamische Symbole wie das Kopftuch geduldet werden. Die scharfe Ablehnung islamischer Symbole birgt allerdings die Gefahr, dass sich das Christentum selbst den Ast absägt, auf dem es öffentlich und schulisch noch sitzt: „Gerade wer religiöse Bezüge in der Schule will, wer christliche Traditionen auch in der Schule hochhalten will, wird möglicherweise eine bekennende Muslimin mit Kopftuch unterrichten lassen müssen“, so damals die Stuttgarter Zeitung. Ähnlich der ehemalige Bundespräsi-

dent Johannes Rau: „Ich fürchte nämlich, dass ein Kopftuchverbot der erste Schritt auf dem Weg in einen laizistischen Staat ist, der religiöse Symbole aus dem öffentlichen Leben verbannt.“ De facto gibt es eine geschichtlich gewachsene und bedingte Privilegierung des Christentums.

Die Frankfurter Rundschau vertrat die Auffassung: „Die faktische Hegemonie der christlich-abendländischen Kultur... rechtfertigt in einer multikulturellen, säkularen und zugleich vielgläubigen Gesellschaft keine religiösen und weltanschaulichen Ranglisten oder Ausschlusspraktiken. Mit diesem Bekenntnis zu gleichen Wertigkeiten und Spielregeln haben die Richter wichtige Leitplanken gesetzt für eine offene, tolerante Gesellschaft.“

Eine völlige Trennung von Kirche und Staat würde zu Verhältnissen wie in Frankreich führen. Die französische Nationalversammlung hatte im Frühjahr 2004 mit 494 gegen 36 Stimmen beschlossen, dass das Tragen „aufdringlicher“ religiöser Symbole wie Kreuz, Kopftuch, Ordensgewand oder Kippa in französischen Schulen verboten sei. Derartige Verbote lösen aber keineswegs die Frage einer gelingenden Integration und eines friedlichen Zusammenlebens. Da das Kopftuch von Teilen der muslimischen Frauen in der Öffentlichkeit getragen wird (wie Menschen anderer Religion ihre Kleidung tragen), ist nicht einzusehen, warum eine Auseinandersetzung über unterschiedliche Religionen nicht auch auf diese Weise in der Schule stattfinden soll.

Wenig ertragreich war der Streit darüber, ob das Kopftuch natürlicher Bestandteil muslimischer Kleidung sei oder bereits Beleg für einen fanatischen, fundamentalistischen, gewalttätigen und freiheitswidrigen islamischen Glauben. Die einen sehen in ihm einen Beweis für das Selbstbewusstsein (junger) islamischer Frauen, die anderen einen Rückschritt im emanzipatorischen Bestreben. Wie auch immer: Das Phänomen des Religiösen lässt sich nicht leugnen. Eine Gleichberechtigung anderer Religionen und Weltanschauungen käme einer Aufwertung des Religiösen im öffentlichen Leben gleich. Eine Verdrängung in den Privat-

bereich birgt die Gefahr, dass sich fundamentalistisches Denken und Handeln in den Nischen gesellschaftlichen Lebens unkontrolliert ausbreitet. Die geforderte „Offenheit in Vielfalt“ einer „Multi-Kulti-Gesellschaft“ dispensiert nicht von der Wahrnehmung und Auseinandersetzung mit dem Anderen, dem Fremden, dem Unbekannten. Gerade dies müsste Schule und Pädagogik leisten. Die Lehrenden sind nicht nur als Fachexperten gefragt, die lediglich Sachinformationen vermitteln, sondern als Autoritäten mit Vorbildcharakter. Dies erfordert starke Persönlichkeiten, die zu dem stehen, was sie glauben. „Ein Lehrer kann und soll nicht das, was ihn und seine Persönlichkeit ausmacht, am Eingang der Schule ablegen. Das schlichte Bekenntnis des Lehrers zu seiner Religion kann, solange es nicht missionarisch und provozierend daherkommt, dazu beitragen, dass er als Persönlichkeit und Autorität anerkannt wird“, meint die Süddeutsche Zeitung. In ähnliche Richtung argumentierte die Hamburger Wochenzeitung: „Zum Bildungsprozess gehört nicht die abstrakte Debatte über Religionen, sondern ebenso die konkrete Auseinandersetzung mit der gelebten Religiösität der Erziehenden. Je intensiver, je offener, desto besser.“ Zu klären wäre, inwieweit ein Unterschied besteht, zwischen einem unabhängig von der Persönlichkeit des Unterrichtenden objektiv im Klassenraum aufgehängten Kreuz und einem an die Persönlichkeit des Lehrers gekoppelten Ausdruck von Religiösität.

In der Reaktion auf den französischen Parlamentsbeschluss wies Johannes Paul II. darauf hin, dass die Grenze der Religionsfreiheit erst da liege, wo „die Sicherheit und legitime Autorität des Staates“ in Frage gestellt werde. Dies dürfte durch ein Zumausdruckbringen des eigenen Glaubens in symbolischer Weise (etwa durch ein Kopftuch) kaum der Fall sein. Das Ringen um religiöse Identität und symbolische Repräsentanz in einer pluralistischen Gesellschaft und der Umgang des weltanschaulich neutralen säkularen Staates damit wird weiter für Diskussionsbedarf und Spannung sorgen. Johannes Rösler vertrat dazu im „Christ in der Gegenwart“ die These: „Die öffentliche geistig-religiöse Selbst-„Entmachtung“ jener, deren Vorfahren einmal Christen waren, wird sich kulturgeschichtlich in Europa noch bitter rächen“.

Im Dienst am Evangelium der Hoffnung

Franziskanische Evangelisierung in Europa heute

P. Hermann Schalück ofm

Unser Reden von "Europa" bewegt sich, wie das Reden von unseren franziskanischen Idealen und Werten, notwendigerweise ständig zwischen "Vision" einerseits sowie "Pragmatismus" und z. T. banaler Realität auf der anderen Seite. Es gibt eine Vielzahl von Idealen und Zielsetzungen, die wir mit dem "Projekt Europa" verbinden und die auch von allen Beteiligten verwirklicht werden müssen, damit das Projekt Wirklichkeit wird. Zu nennen sind dabei vor allem folgende Aspekte:

- Einheit in der Vielfalt und Vielfalt in der Einheit;
- Verzicht auf Teile bisheriger nationalstaatlicher Souveränität;
- Politische Konfliktlösungen suchen, ohne Rekurs auf Gewalt;
- Achtung von Minderheiten;
- Zukunftsgestaltung aus der Basis von Demokratie, Solidarität, Toleranz und Partizipation;
- Garantie für Gewissensfreiheit und für verschiedene Religionen und Weltanschauungen, im Rahmen und auf der Basis einer gemeinsamen Grundordnung (Verfassung).

Europa ist noch eine politische und wirtschaftliche "Großbaustelle", auf der ständig und in zahllosen kleinen Schritten gearbeitet wird. Bei allem sollten wir niemals vergessen: Europa war durch Jahrhunderte und bis vor kurzem ein Schlachtfeld mit vielen Millionen Toten. Europa war der Boden für Diktaturen und Bürgerkriege, für Rassismus und "ethnische Säuberungen", an verschiedenen Stellen und zu vielen Zeiten. Bei "Europa" denken viele bei uns, aber auch in den anderen Kontinenten, an enge Grenzen, Kleinstaaterei und Nationalismus, an einen ruinösen Verdrängungswettbewerb, an Imperialismus, an Unterdrückung im Inneren des Kontinentes und koloniale Ausbeutung anderer Länder und Kontinente, den Aufbau von eigenem Wohlstand auf Kosten anderer. Das alles darf nicht vergessen werden. Wenn man sich aber diese mit viel Leid belastete Geschichte unseres Kontinentes vor Augen führt, wird das "unvollendete Projekt Europa" (J. Habermas) für alle Beteiligten, unabhängig von ihrer kulturellen und religiösen Herkunft, zu einer Zukunftsaufgabe, für die es sich lohnt, alle Kräfte einzusetzen. Die Mitarbeit an der Baustelle Europa aus christlicher und franziskanischer Sicht ist in sich schon Evangelisierung und Erfüllung unserer "Mission". Nicht im Sinne einer monologischen und womöglich rückwärts gewandten Durchsetzungsstrategie. Vielmehr im Dialog, Partnerschaft und in gemeinsamer Verantwortung mit allen anderen, die an diesem Projekt mitarbeiten. Freilich immer in der Überzeugung, dass die Grundwerte des Evangeliums wie z. B. Gottesebenbildlichkeit des Menschen, gleiche Würde von Geschlechtern und Rassen, Versöhnung und Teilen unverzichtbare Bausteine für das neue gemeinsame Haus "Europa", ja für eine gerechtere und friedlichere Weltgesellschaft sind.

Was können die Mitglieder der Franziskanischen Familie also beitragen? Ich halte es für heilsam, wenn wir uns in einen größeren Kontext stellen: Die Apostolische Exhortation "Ecclesia in Europa" von Johannes Paul II (2003) nennt in diesem Zusammenhang als "spezifischen Beitrag, den die Personen des gottgeweihten Lebens für das Evangelium der Hoffnung" leisten können, in Nr. 38 die folgenden Aspekte:

- Antworten geben auf die Fragen der neuen Formen von Spiritualität;
- Anerkennung des absoluten Vorranges Gottes;
- Zeichen der Hoffnung sein im Umfeld des Säkularismus und Konsumismus;
- Bezeugung der Transzendenz;
- Zeugnis evangeliumsgemäßer Geschwisterlichkeit im multireligiösen und multikulturellen Umfeld;
- Kreativität in der Option für die Armen;
- Fortführung der Evangelisierung auch in anderen Kontinenten.

Hier liegt eine Aufgabe der Kirchen, der Orden, auch der Franziskaner: An einige der Grundwerte und Inspirationen zu erinnern, ohne die das "Projekt Europa" nicht über einige politische und ökonomische Zielsetzungen hinaus käme: Franziskus verkörpert für uns diese Vision. Er ist eine heilsame Erinnerung und Mahnung, die prophetische Vorausnahme einer neuen Realität in Geschwisterlichkeit unter dem einen Vater, in Frieden und Gerechtigkeit, eine Welt, nach der wir uns trotz aller gegenteiligen Erfahrungen ausstrecken. Er sagt uns: Wenn Ihr ein gemeinsames Haus bauen wollt, dann solltet Ihr bisherige Strukturen, nicht zuletzt im Denken, vielleicht auch in eurem Gottesbild, in Theologie und Spiritualität, aufgeben. Frieden aus Brüderlichkeit / Geschwisterlichkeit kann es nur geben, wenn wir einander Gerechtigkeit widerfahren lassen; Gerechtigkeit wird es nur geben, wenn wir zum Teilen und zum freiwilligen Verzicht fähig werden; Achtung und Ehrfurcht vor dem Mitmenschen und vor der Schöpfung vermag nur der Mensch zu haben, der in ihnen Mitgeschöpfe sieht, Brüder und Schwestern auf dem gemeinsamen Weg der Geschichte. Eine geschwisterliche Haltung der Ehrfurcht, Achtung und Solidarität könnte ein tragfähiger Ansatz

dafür sein, dass wir eines Tages die Probleme und Spannungen zwischen Individuen, Gruppen und ganzen Völkern sowie die Fragen der gerechten Verteilung von Gütern, von Lebensmöglichkeiten und von Zukunftschancen zu lösen verstehen. Im "erbarmungslosen" Umgang miteinander nach der Logik des Marktes wird das nie gelingen. Eine Theologie und Spiritualität schließlich, die sich vor allem in einer autoritären, monologischen und autokratischen Gesellschaft und Kirche zu Hause fühlt, kann ebenfalls kein Beitrag zum neuen Europa sein. Franziskus und Klara zeigen uns einen anderen Weg: eine Gotteserfahrung und eine kirchliche Praxis, die bei aller Radikalität niemals in fundamentalistische Abgrenzung und Verweigerung abgleitet, die andere Überzeugungen nicht an den Rand drängt, weil alle Söhne und Töchter des einen Vaters sind.

Ich möchte unsere Fragen und unser Suchen auch in den Kontext der "Charta Oecumenica" aller christlicher Kirchen Europas stellen, die 2001 unterzeichnet worden ist und die einen wichtigen Referenzpunkt für unsere Überlegungen abgeben kann: Dieses Dokument formuliert verschiedene Verpflichtungen:

Im Sinne von Eph 4,3-6 ("Ein Leib, ein Geist, ein Herr, ein Glaube, eine Taufe...") bemühen wir uns um ein gemeinsames Verständnis des Evangeliums Christi, das eines Tages auf sichtbare Einheit in der gegenseitig anerkannten Taufe und in der eucharistischen Gemeinschaft hinführen muss.

Im Sinne von Joh 1,35 ("Daran werdet ihr erkennen...") suchen die unterschiedlichen christlichen Traditionen in der Evangelisierung Wege der Verständigung, um sinnlose Spaltungen, Konkurrenz und Proselytismus zu vermeiden, um Vorurteile abzubauen und ökumenische Zusammenarbeit zu fördern, Missverständnisse und Vorurteile zwischen Mehrheits- und Minderheitskirchen abzubauen, den Dialog zu fördern und neue Spaltungen zu vermeiden.

Im Sinne von Mt 5,9 ("Selig die Frieden stiften...") setzen wir uns für

ein humanes und soziales Europa ein. Wir betonen die Ehrfurcht vor dem Leben, suchen jede Form des Eurozentrismus zu vermeiden und nationalistischen und ethnozentristischen Versuchungen zu widerstehen. Gewaltfreiheit ist einzuüben. In Kirche und Gesellschaft treten wir gemeinsam für die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen ein. Die Schöpfung ist zu bewahren. Wir suchen dialogisch-geschwisterliche Beziehungen mit den "Anderen", vor allem aber mit dem Judentum und dem Islam.

Sollte die Franziskanische Familie in Europa die Absicht haben, eines Tages eine "Charta Oecumenica Franciscana" für Europa zu formulieren, würde ich über das Gesagte hinaus noch folgende Fragen stellen und Anregungen geben:

Hat unser Orden in den letzten 20 – 30 Jahren strukturell und spirituell Schritt gehalten mit den Herausforderungen unserer "global mission", insbesondere auch auf Europa bezogen? Es könnte sein, dass wir unsere "Fraternitas" nach wie vor als zu intimistisch und egozentriert, zu lokal oder gar national definieren - und leben. Wir sind doch z. T. Strukturen verhaftet, die nicht unbedingt länger geeignet sind, unsere Sendung in einen kontinentalen, globalen und plurikulturellen Kontext zum Ausdruck zu bringen. Zu Recht ist in den vergangenen Jahren immer stärker betont worden, dass alle Strukturen mit dem Feuer einer "mission" erfüllt sein müssen, dass wir eine "fraternity in mission" sind. Was heißt das nun konkret für Europa? Das ist im letzten nicht eine strukturelle Frage, sondern die Frage einer erneuerten, in die heutige Welt inkarnierten missionarischen Spiritualität. Auch jener "schöpferischen Treue" ("fedeltà creativa"), von der die Exhortation "Vita Consecrata" (1996) spricht.

Entsprechen Zahl, Größe und geographische Distribution unserer jetzigen Provinzen - nicht nur in Europa - noch der Sendung, die unsere gesamte weltweite Bruderschaft in der "Einen Welt" haben sollte? Vor allem in der Perspektive Nord-Süd ist doch auch unser Orden z.T. in der Verteilung personeller und materieller Ressourcen das Abbild einer

ungerechten Weltordnung. Was können wir tun, um das zu ändern?

Europa, die Kirchen in Europa, die Franziskanische Familie in Europa, sie alle sollten eine "andere Form der Globalisierung" leben: Eine Globalisierung mit einer Vision der christlichen Ökumene, der Einheit der Menschheit und der ganzen bewohnten Erde. Die Logik der heute grassierenden Globalisierung kann durch eine andere Logik ersetzt werden, nämlich ein Gestaltungs- und Lebenskonzept, das die Frage der Mitgestaltung unserer Welt auch als Sache des Glaubens begreift, das Widerstand gegen die Ökonomisierung fast aller Lebensräume (auch der kirchlichen!) und die zunehmende wirtschaftliche und kulturelle Dominanz der Einen über die Anderen leistet, Einheit in Vielfalt fördert und zur "Beziehung" d. h. zum Dialog einlädt, zur Erreichung von Konvergenzen mit dem Ziel, gemeinsam die Welt zu gestalten. Denn dem Anderen "dialogisch" begegnen heißt doch, ihn achten, neben der eigenen Würde auch die eigenen Grenzen anerkennen, sich vom Du bereichern zu lassen, gemeinsam Sinn und Werte zu schaffen, die allen und der gesamten Schöpfung zugute kommen.

Eine franziskanische "Spiritualität des Dialogs" läge m. E. darin, sich nicht absolut zu setzen, dem Anderen/der Anderen Diener/in zu sein und in Jesus Christus sowohl den Ausgangspunkt wie das Ziel eines gemeinsamen Weges zu sehen. Da ist wohl nicht nur im Haus "Europa", sondern auch im eigenen Haus noch einiges in Ordnung zu bringen: Die Franziskanische Familie sollte gerade im heutigen Weltkontext die "inklusive" Spiritualität Jesu und unseres Bruders Franziskus leben. Intern, im Blick auf die Franziskanische Familie, hieße dies, dass noch vorhandene "exklusive" Tendenzen, z. B. im Verhältnis der Laien zu den Klerikern, der Männer zu den Frauen, des "Ersten Ordens" zum "Ordo Franciscanus Saecularis" überwunden werden. Die Franziskanische Familie kann nur dann glaubwürdig zum Dialog der Konfessionen, Religionen und Kulturen beitragen, wenn sie im Inneren mit sich selber im "Dialog" und fundamental versöhnt ist. Es ist gilt von innen her sichtbar zu machen, dass die franziskanisch-klarianische Form der Nachfolge auch heute noch unsere Kirche und unsere Welt gestalten kann. Unser

Dialog mit den Kulturen und Religionen erhält nur dann seine innere Kraft und franziskanische Note und Dynamik, wenn sich alle ohne Vorbehalte begegnen und austauschen können (vgl. RegB 6).

Die veränderte Weltsituation stellt uns vor neue Herausforderungen. Darin sind u. a. die Fragen des Bevölkerungswachstums, der strukturellen Ungerechtigkeit, der Gewalt und Gewaltfreiheit (non-violence), der Verletzung der Menschenrechte, der Ökologie, der Notwendigkeit des interreligiösen Dialogs als Anfrage an unser Charisma zu verstehen. Außerdem stellen, wie schon angedeutet, die Ökumene, die Stellung der Frau in der Kirche, die Partizipation von Laien an unserem Charisma und die interfranziskanische "Komplementarität" wichtige Anfragen dar.

Das "Projekt Europa" kann gelingen, wenn möglichst viele Europäer, Christen und andere, ständig an die tieferen Motivationen und Ziele des Projektes erinnern und auf dem Weg der Verwirklichung sich auch selber verändern lassen. Ich bin nämlich überzeugt, dass wir Mindere Brüder und Schwestern nicht nur berufen sind, Europa zu evangelisieren. Auch wir selber werden das Evangelium und Franziskus besser verstehen, wenn wir uns auf die "Vision Europa" einlassen.

P. Hermann Schalück ofm ist Präsident von missio Aachen.

Wie kam es zur Europaflagge

1983 hat das europäische Parlament die jetzige Fahne als offizielle EU-Flagge beschlossen. Sie diente bis dahin bereits dreißig Jahre lang dem Europarat als Emblem. Im Dezember 1955 hatte man sich auf 12 Sterne als Zeichen für „Ganzheit und Perfektion“ geeinigt. Die kreisförmige Anordnung stehe für „Einheit“, das Blau kennzeichne den „Himmel der westlichen Welt“, so ist es im damaligen Sitzungsprotokoll nachzulesen. In der Zeitung „Die Welt“ (26. August 1998) wird über den Ursprung der Europaflagge unter anderem folgendes erzählt: „Die Geschichte der Fahne hat ihren Ursprung in der Zeit während des Zweiten Weltkriegs. Paul Lévi, ein Belgier jüdischer Abstammung, sah damals angsterfüllt in Leuven zahlreiche Eisenbahnzüge fahren, in denen die Juden von der deutschen Gestapo nach Osten in eine ungewisse Zukunft transportiert wurden. Damals legte Lévi das Gelübde ab, wenn er den Krieg und die Nationalsozialisten lebend überstehen würde, wollte er zum katholischen Glauben konvertieren. Er überlebte und wurde katholisch. Am 5. Mai 1949 wurde in London der Europarat gegründet, und Paul Lévi wurde zum Leiter der Kulturabteilung des Europarats ernannt. Sechs Jahre später, 1955, diskutierten die Vertreter über eine gemeinsame Flagge. Sämtliche Entwürfe, in denen, etwa nach dem Vorbild der skandinavischen Flaggen, ein Kreuz enthalten war, wurden von den Sozialisten als ideologisch gebunden und zu christlich verworfen. Eines Tages kam Lévi bei einem Spaziergang an einer Statue der Mutter Gottes mit dem Sternenkranz vorbei. Durch die Sonne beschienen, leuchteten die goldenen Sterne wunderschön vor dem strahlend blauen Himmel. Lévi suchte daraufhin Graf Benvenuti, ein venezianischer Christdemokrat und damaliger Generalsekretär des Europarats, auf und schlug ihm vor, zwölf goldene Sterne auf blauem Grund als Motiv für die Europafahne vorzuschlagen. Benvenuti war begeistert und wenig später wurde der Vorschlag allgemein akzeptiert. Und so ziert bis heute in allen Staaten der Europäischen Union der goldene Sternenkranz Marias die Europafahne.“

Zu Franziskus für alle Menschen

Papst Johannes Paul II.

Hilf uns, heiliger Franz von Assisi, der Kirche und der Welt von heute Christus näher zu bringen.

Du hast ein Herz für die wechselnden Geschehnisse der Menschen deiner Zeit gehabt; hilf uns, uns die Wechselfälle im Leben der Menschen unserer Zeit zu Herzen zu nehmen:
die schwierigen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Probleme, die Probleme von Kultur und Zivilisation, alle Leiden des Menschen von heute, die Zweifel und die Ablehnungen, die Verwirrungen und Spannungen, die Komplexe und Ängste,
damit Christus für den Menschen unserer Zeit »Weg, Wahrheit und Leben« sei.